

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Sozialausschusses am 08.05.2012
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Vorstellung der Agentur für Wohnberatung im Alter	4
2 Obdachlosenhilfe in Meerbusch Vorlage: FB2/111/2012	4
3 Schwangerschafts(konflikt)beratung Vorlage: FB2/112/2012	5
4 Seniorenmesse "Fit im Alter" Vorlage: FB2/114/2012	6
5 Anfragen	7
5.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 18.04.2012: Umsetzung Inklusion in Meerbusch Vorlage: FB2/029/2012	7
6 Bericht der Verwaltung	7
7 Termin der nächsten Sitzung: 19. September 2012	7
8 Verschiedenes	7

Anwesenheit

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Bernd Parys
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied	
Herr Hermann Müsch	Sachkundiger Bürger	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Frau Barbara Büchner	Ratsmitglied	
Frau Katja Giesen	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Frau Helga Dapprich
Herr Christian Kohnen	Sachkundiger Bürger	
Frau Gabriele Schmidt	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Dr. Norbert Friedrich	Sachkundiger Bürger
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Sachkundiger Bürger

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather	Sachkundiger Bürger
-------------------	---------------------

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann	Seniorenbeirat
Herr Wilfried Pahlke	Evangelische Kirchengemeinde

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten	Fachbereich 2
-----------------------	---------------

Gäste

Frau Ines Manolias
Frau Marion Schröer

Rhein-Kreis Neuss
Wohnberatungsagentur Rhein-
Kreis Neuss

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Bernd Parys

Sachkundiger Bürger

von der FDP-Fraktion

Frau Helga Dapprich

Sachkundige Bürgerin

Herr Focken begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1 Vorstellung der Agentur für Wohnberatung im Alter

Frau Schröder, Mitarbeiterin der Wohnberatungsagentur Rhein-Kreis Neuss, stellt sich dem Ausschuss vor. Ebenfalls anwesend ist Frau Manolias, die als Architektin des Rhein-Kreis Neuss das Team der Agentur stundenweise unterstützt.

Die Damen informieren anhand der als Anlage beigefügten Folienpräsentation ausführlich über die Entstehungsgeschichte der Wohnberatungsagentur, deren Struktur und Finanzierung sowie die bisherigen Aktivitäten.

Im Anschluss beantwortet Frau Schröder die Fragen aus dem Ausschuss. In diesem Zusammenhang erläutert sie, dass ca. 90 % der Fälle einen klassischen Hausbesuch erforderlich machen. Die Beratung erfolge sehr individuell, so dass die Bearbeitungszeit von Fall zu Fall stark variere und daher eine durchschnittliche Bearbeitungszeit nicht benannt werden könne. Man befasse sich nunmehr auch intensiv mit dem Aufbau eines notwendigen Netzwerkes. Derzeit sei es aber noch so, dass beispielsweise die kommunalen Sozialämter im Bedarfsfall von der Agentur angesprochen würden. Hinsichtlich der Informationen zu barrierefreien Wohnformen stehe man im Austausch mit den Seniorenberatungen der Wohlfahrtsverbände und sei dabei eine Materialsammlung, auch in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbauträgern, zu erstellen.

2 Obdachlosenhilfe in Meerbusch Vorlage: FB2/111/2012

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert ausführlich die Informationsvorlage.

Wie aus der Vorlage ersichtlich werde, handele es sich um eine sehr umfassende Thematik, die bisher in Meerbusch vorrangig aus der ordnungsbehördlichen Perspektive bearbeitet und daher auch dem Fachbereich 1 zugeordnet worden sei. Ziel sei es aber nunmehr, das bestehende Konzept qualitativ weiter zu entwickeln. Diesbezüglich habe man sich auch mit anderen Kommunen ausgetauscht, die mit einer solchen Weiterentwicklung des Themas Wohnungsnotfälle schon begonnen hätten. Dabei setze sich zunehmend das Fachstellenkonzept durch, welches zum Ziel hat mittels einer einzigen Organisationseinheit neue Fälle von Wohnungslosigkeit, beispielsweise durch die Übernahme von Mietschulden, zu vermeiden und bestehende Wohnungslosigkeit abzubauen.

Vor einer weiteren Ausarbeitung eines Konzeptes sei nunmehr die Rückmeldung seitens der Politik erforderlich, ob die ganzheitliche Bearbeitung der Problematik im Sinne einer integrativen Wohnungsnotfallhilfe befürwortet werde und die Verwaltung somit mit der Bearbeitung in dieser Richtung fortfahren solle. Dies würde auch die zukünftige Ansiedelung des Aufgabenfeldes im Fachbereich Jugend und Soziales zur Folge haben. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage gibt jedoch ausdrücklich zu bedenken, dass die qualitative Weiterentwicklung in der angedachten Weise keinesfalls zum Nulltarif erfolgen könne.

Hinsichtlich der aktuellen Heizmöglichkeiten stellt Herr Römmler nochmals klar, dass Kohleöfen durchaus hinreichend sind. Herr Gather regt unabhängig davon den möglichen Einbau einer Zentralheizung an. Die Kosten dafür, die seitens der Verwaltung nicht spontan beziffert werden konnten, werden jedoch eher hoch eingeschätzt. Des Weiteren erläutert Herr Römmler, dass Heizmaterial von den Bewohnern aus eigenen Mitteln oder Transferleistungen zu beschaffen seien. In diesem Zusammenhang erklärt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass in dem vergangenen kalten Winter die dafür vorgesehenen Mittel wohl nicht immer zweckentsprechend verwendet worden wären und es daher zur Verheizung ungeeigneter Materialien gekommen sei. An dieser Stelle mangle es, anders als in den Asylbewerberunterkünften, an einem Hausmeister der sowohl als Aufsicht wie auch als Ansprechpartner dienen könne.

Herr Mocka befürwortet die dargestellte Weiterentwicklung. Für eine Entscheidung sei jedoch eine detailliertere Ausarbeitung erforderlich, um entscheiden zu können, ob der dafür notwendige Aufwand auch realisierbar sei.

Vor dem Hintergrund der emotionalen Beratung im Rahmen der letzten Sitzung, bringt Ratsherr Wartchow zum Ausdruck, die vorliegende Berichterstattung gäbe keinen Raum dafür, dass bislang etwas im Argen gelegen hätte. Er begrüße aber natürlich auch die Absicht sich nunmehr anders aufzustellen und dabei neue Aspekte zu berücksichtigen. Die Frage, ob es auch beabsichtigt sei, im Rahmen der Weiterentwicklung auf eigene Gebäude zu verzichten, beantwortet Frau Mielke-Westerlage dahingehend, dass vor dem Hintergrund einer stärkeren präventiven Arbeit zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit wie auch verstärkten Bemühungen der Vermittlung in regulären Wohnraum eine Reduzierung der klassischen Obdachlosenunterkünfte denkbar sei. Dabei sei es unstrittig, dass es immer Einzelfälle geben werde, die eine Unterbringung in öffentlich-rechtlichem Wohnraum erforderlich machten, da eine Vermittlung nicht oder nicht mehr möglich sei. Herr Müsch verweist diesbezüglich insbesondere auf die Personen, die sich nunmehr seit mehr als 7 Jahren in den Obdachlosenunterkünften aufhalten.

Auch Herr Kohnen hält die dargelegte Weiterentwicklung für den richtigen Weg, der auch seiner Meinung nach nicht zum Nulltarif, sondern nur durch entsprechende Investitionen realisierbar sei.

Ratsfrau Niegeloh, die den integrativen Ansatz ebenfalls begrüßt, geht auch davon aus, dass gerade zu Beginn der Umsetzung des neuen Konzeptes verstärkt zu investieren sei. Sie könne sich gut eine Situation vergleichbar der in den Asylbewerberunterkünften vorstellen und macht darauf aufmerksam, dass eine Wohnverbesserung für die Bewohner der Obdachlosenunterkunft wünschenswert sei. Sie bittet um eine Konkretisierung des Konzeptes und den Entwurf einer neuen Satzung.

Im Einvernehmen mit den Fraktionen wird die Verwaltung das vorgelegte Konzept konkretisieren und dann dem Ausschuss zur weiteren Beratung vorlegen.

3 Schwangerschafts(konflikt)beratung Vorlage: FB2/112/2012

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert kurz die in Ergänzung zu der Beratungsvorlage FB 2/259/2012 vom 30. Januar 2012 erstellte Informationsvorlage, die nunmehr die seitens des Ausschusses gewünschten zusätzlichen Informationen enthielte. Die Stellungnahme der Diakonie – Krefeld Viersen und die Beschlussfassung des geschäftsführenden Ausschusses der Diakonie Meerbusch seien zudem als Anlage beigefügt. Wie der Informationsvorlage zu entnehmen sei, werde verwaltungsseitig weiterhin vorgeschlagen, die Zuschüsse wie in der Beratungsvorlage dargestellt, zu streichen.

Da die Tagesordnung für die heutige Sitzung keine Beratungsvorlage und somit keinen Beschluss vorsähe, schlägt Vorsitzender Focken vor, die Zuschusskürzung im Rahmen der Haushaltberatungen zu behandeln.

Herr Pfarrer Pahlke hebt nochmals hervor, dass es sich bei dem Angebot um das einzige mit evangelischem Profil im Rhein-Kreis Neuss handele. Infolge interner Zuständigkeitsregelungen der Kirchenkreise sei ein evangelisches Angebot in Meerbusch auch ausschließlich durch die Diakonie Krefeld-Viersen möglich.

Ratsherr Wartchow ist persönlich der Auffassung, dass Schwangerschaftskonfliktberatung als Lebensberatung zu verstehen sei und keinesfalls allein aus der Kostenperspektive betrachtet werden dürfe und bittet die Fraktionen insofern um Unterstützung.

Ratsfrau Schmidt erläutert für die FDP-Fraktion, dass unter Berücksichtigung des ursprünglichen Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und des daraufhin seitens der Verwaltung recherchierten Sachverhaltes keinerlei Anlass gesehen werde, heute keine Entscheidung in der Sache zu treffen. Ratsherr Fliege teilt mit, dass dies auch der Auffassung von Bündnis 90/ Die Grünen entspreche.

Die SPD-Fraktion unterstützt laut Erklärung von Ratsfrau Niegeloh grundsätzlich eine Pluralität des Beratungsangebotes. Allerdings seien die Zuschüsse eine haushaltstechnische Frage und somit im Rahmen der Haushaltsberatungen zu behandeln.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage bringt an dieser Stelle nochmals deutlich zum Ausdruck, dass die Zuschusskürzung in keinerlei Zusammenhang mit der guten Arbeit zu sehen sei, die von den betroffenen Beratungsstellen zweifelsohne geleistet werde. Vielmehr gehe es darum, durch eine Reduzierung von finanziellen Leistungen für ein ohnehin flächendeckend installiertes und finanziertes Angebot, diese Mittel für bislang nicht vorhandene aber sinnvolle Angebote, wie beispielsweise die geplante Qualifizierung der Obdachlosenbetreuung, die ja auch Geld koste, zielführender nutzen könne.

Ratsherr Wartchow bekräftigt dennoch seine Auffassung, dass ein Beschluss mangels einer Beratungsvorlage für den heutigen Tag nicht möglich sei.

Da somit auch ein Vertagungsbeschluss fraglich wäre, erklärt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass man die Problematik dann verwaltungsseitig erneut auf die Tagesordnung der Sitzung des nächsten Sozialausschuss am 19. September 2012 setzen werde.

4 Seniorenmesse "Fit im Alter" **Vorlage: FB2/114/2012**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage über den Planungsstand der diesjährigen Seniorenmesse „Fit im Alter“, die am 21. Oktober 2012 in der Zeit 11.00 Uhr bis 17.Uhr erneut im Städt. Meerbusch-Gymnasium stattfinden wird.

Ratsfrau Niegeloh regt an, das Vortragsprogramm um ein Thema mit dem Arbeitstitel „Länger Arbeiten“ zu ergänzen.

5 Anfragen

5.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 18.04.2012: Umsetzung Inklusion in Meerbusch Vorlage: FB2/029/2012

Infolge der sehr umfangreichen Anfrage sind laut Erklärung von Frau Mielke-Westerlage zahlreiche Bereiche zu beteiligen. Über das Ergebnis der verwaltungsseitigen Recherche wird daher auf der Sitzung am 19. September 2012 berichtet werden.

6 Bericht der Verwaltung

Die Beschlüsse wurden ausgeführt.

7 Termin der nächsten Sitzung: 19. September 2012

8 Verschiedenes

Ratsfrau Niegeloh bittet um Übersendung einer Ausfertigung der Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat.

Meerbusch, den 15. Mai 2012

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in